

11 Abitur in Nordrhein-Westfalen: Ministerin muss für korrekte Durchführung sorgen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2636

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Kaiser das Wort.

Klaus Kaiser^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Löhrmann, es ist wirklich nicht zu fassen. Wir haben in diesem Jahr den doppelten Abiturjahrgang, einen Jahrgang, der sowieso schon sehr belastet ist. Sie als verantwortliche Ministerin versagen bei der Durchführung des diesjährigen Zentralabiturs. Dort, wo äußerste Sensibilität notwendig gewesen wäre, passieren Anfängerfehler, obwohl inzwischen der siebte Jahrgang in NRW das Zentralabitur ablegt.

Die Anfängerfehler im Management haben den Eindruck verstärkt, der bei den betroffenen Schülerinnen und Schülern entstanden ist. Der doppelte Abiturjahrgang wird durchverwaltet und unsensibel behandelt. Verschärfend kommt hinzu, Ihre Landesregierung trägt im Anblick der Prüfungen durch die Verunsicherung und Diskussion um NC-Verschärfungen erheblich zur Verunsicherung bei und fördert die Zukunftsängste unserer Jugendlichen.

(Beifall von der CDU)

Frau Ministerin, die Termine für den doppelten Abiturjahrgang sind nicht über Nacht festgelegt worden. Das bedeutet, dieser doppelte Aufwand hätte vorausschauend organisiert werden können. Dafür tragen nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern Sie als Ministerin die Verantwortung. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können diese Pannen bedauern. Das ist zu akzeptieren. Wenn Sie als zuständige Ministerin dies auch nur bedauern, so ist das nicht akzeptabel. Sie müssen die politische Verantwortung für diese Pannen übernehmen.

(Beifall von der CDU)

Das tun Sie aber gerade nicht, sondern beklagen, dass zu wenig Personal für die Durchführung des Abiturs im Ministerium zur Verfügung stand.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Sie lesen nicht richtig!)

Aber nicht nur Ihr Versagen bei der Organisation ist unbegreiflich, sondern auch Ihre Handhabung der Probleme. Bezogen auf die Proteste zur Mathematiklausur machen Sie den Schülerinnen und Schülern zunächst Hoffnung, dass sie die Arbeit wiederholen können, indem Sie eine solche Wiederholung nicht ausschließen. Was machen Sie dann? Dann lassen Sie diejenigen diese heikle Frage der Wiederholung prüfen, die die Aufgaben selbst gestellt

haben. Wie sieht das Ergebnis einer solchen Prüfung aus? Wir konnten es heute der Presse entnehmen: Alles richtig gemacht.

Die Schülerinnen und Schüler haben vollkommen Recht, wenn sie Gerechtigkeit fordern. Die Überprüfung hätte natürlich nur unabhängig erfolgen dürfen. Das ist ein vollkommen unsensibler Vorgang, der zu Frust und Wut führen muss. Ich möchte einmal kurz vorlesen, was uns an Mails erreicht hat. Ich zitiere:

Statt auf die Schüler einzugehen, spielen Sprecher des Schulministeriums die Problematik herunter, wahrscheinlich weil eine Anerkennung der Proteste einem Eingeständnis einer schlechten Führung des Ministeriums gleichkäme. Wie man bei den Medien entnehmen kann, lässt Frau Löhrmann die Klausuraufgaben nun zwar noch einmal prüfen, jedoch nur durch diejenigen, die diese Aufgaben zuvor selbst entwickelt hatten. Das Ergebnis kann man erahnen. Eine Offenlegung und unabhängige Prüfung der Klausuraufgaben lehnt das Ministerium mit Verweis auf Urheberrechte – hört, hört! – ab. Hier wird auf dem Rücken einer Schülergeneration Politik gemacht. Das macht mich sehr wütend. – So heißt es in einem Brief.

Und weiter: Wir Erwachsenen sollten unseren Kindern und besonders dem doppelten Abiturjahrgang, der es ohnehin schwerer hat, nicht noch zusätzlich Steine in den Weg legen und Chancen verbauen.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte ausdrücklich betonen. Wir als CDU-Fraktion halten das Zentralabitur uneingeschränkt für richtig. Es ist richtig und wichtig, um leistungsgerechte Zugangsvoraussetzungen zu den Universitäten zu schaffen. Es ist ein Instrument, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Kaiser.

Klaus Kaiser^{*)} (CDU): Es ist ein Instrument, um Qualität zu sichern. Daher darf es nicht sein, dass auf Leistungsstandards verzichtet wird.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Kaiser, entschuldigen Sie.

Klaus Kaiser^{*)} (CDU): Nein, ich möchte weiter ausführen.

Präsidentin Carina Gödecke: Okay.

Klaus Kaiser^{*)} (CDU): Allerdings möchten wir sicher sein, dass auch die Leistungen in den entsprechenden Fächern geprüft werden. Es ist keine Leistung zur Überprüfung in Mathematik, wenn die Aufgabenstellung – wie es aus den Mails deutlich

wird – sprachlich nicht verstanden wird. Ein sprachliches Problem ist kein mathematisches Problem und hat damit auch nichts mit der Leistung in Mathematik zu tun.

Sie als Ministerin haben darauf rein bürokratisch reagiert. Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn sich die Schülerinnen und Schüler vor den Kopf gestoßen fühlen. Ein sensibleres Vorgehen wäre in Zeiten des doppelten Abiturjahrgangs sicherlich der angemessenere Weg gewesen. Ich will mir nicht vorstellen, wie Sie reagiert hätten, wenn wir solche Pannen heute zu verantworten hätten.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Oliver Wittke [CDU])

Ich kann mich gut an Ihre persönliche Hetze gegen Frau Sommer beim Mathematikabitur im Jahre 2008 erinnern. Frau Löhrmann, ich hoffe, Ihre Einlassungen werden sich gleich auch vor dem damaligen Hintergrund verstehen lassen. Demut ist angebracht.

Ich komme zum Schluss. Es ist nicht gelungen, für einen fehlerfreien Ablauf des Zentralabiturs 2013 zu sorgen. Das ist beim siebten Durchlauf des Zentralabiturs blamabel. Das ist Ihre Verantwortung, Frau Ministerin. Ihre bürokratischen Reflexe sind unsensibel. Das politische Versprechen, sich im Jahr des doppelten Abiturjahrgangs besonders um die Abiturienten zu kümmern, hält diese Landesregierung nicht ein.

(Beifall von der CDU)

Ihr Motto, kein Kind zurücklassen zu wollen, wird zur hohlen Phrase. Zehntausend Protestierende haben es Ihnen ins Stammbuch geschrieben. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Für die SPD-Fraktion hat Frau D'moch-Schweren jetzt das Wort.

Brigitte D'moch-Schweren (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren im Zuschauerraum! Schön, dass Sie zu Gast sind! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Bevor ich mit meiner Rede, die ich vorbereitet habe, beginne, möchte ich einen Satz zu Herrn Kaiser sagen: Ich weiß nicht, was diese Beschimpfungen, diese Tiraden hier sollen, zumal wir doch gemeinsam nach Lösungen suchen. Das hat mich für einen Kollegen aus dem Schulausschuss, wo es um Inhalte und Schüler geht, schon ziemlich überrascht.

(Beifall von der SPD)

Das fand ich völlig daneben. Aber das scheint die Diskussionskultur im Ausschuss oder sogar im Parlament zu sein.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Lesen Sie mal alte Protokolle!)

Zu meiner Rede: Werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin! Der diesjährige doppelte Abiturjahrgang stellt alle Beteiligten vor besonders hohe Herausforderungen. 130.000 Schülerinnen und Schüler schreiben an insgesamt 827 Schulen an ihrer Hochschulreife. Das hier Fehler passieren können, ist menschlich.

(Zuruf von der CDU: Ach nee!)

An vier von 48 Schulen mit dem Leistungskurs Sozialwissenschaften/Wirtschaft im Abitur hatten die Schülerinnen und Schüler das Pech, nicht die richtigen Klausuren gestellt bekommen zu haben. Was eine misslungene Klausur für die betroffenen Schülerinnen und Schüler bedeutet, weiß ich, weil auch ich schon mein schluchzendes Kind in einer solchen Situation trösten musste. Die Panne ist im Ministerium passiert, keine Frage. Aber jetzt stellt sich die Frage nach der Vermeidbarkeit, nicht nach den Beschimpfungen.

Lissa, eine Leserin der Onlineausgabe der WAZ, äußerte sich zu dem Kommentar „Peinliche Abi-Panne“ von Gregor Boldt vom 13.04.2013. Sie schreibt:

Wenn das nur an vier Schulen passiert ist, wirft das aber auch ein schlechtes Licht auf die Schulen. So etwas muss man doch merken als zuständiger Lehrer. Na ja, zum Glück waren die meisten schlauer. – Zitat Ende.

Fakt ist, dass sich 18 von 109 betroffenen Abiturienten entschlossen haben, die Arbeit nachzuschreiben. Fakt ist auch, dass sich die Ministerin für diese Panne entschuldigt hat. Ebenso ist Fakt, dass 2008 nicht 18 Schüler, sondern einige tausend Abiturienten eine Prüfung wiederholen mussten, weil sie Fehler in der Klausur, unter anderen „Das Oktaeder des Grauens“, zur Verzweiflung gebracht hatten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Fakt ist auch, das von der damaligen Schulministerin Barbara Sommer, CDU, eine ehrliche Entschuldigung bis heute noch aussteht.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ha, ha!)

Ob der Antragsteller sich daran erinnert hat, als er den Antrag für diese Debatte schrieb, wage ich zu bezweifeln.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

– Schreien macht es auch nicht besser, Herr Kollege!

Mittlerweile rückt die Panne im Sowi-Abitur in den Hintergrund. Eine ganz andere Diskussion tut sich auf. Die „Aachener Zeitung“ schreibt am 20. April: „Abiturklausuren: Wenig Pannen, aber Aufruhr in Mathe.“ – Einige tausend Schülerinnen und Schüler sind in diesem Jahr auf die Barrikaden gegangen.

Ihnen waren die Aufgaben der Mathematikgrundkursklausur zu schwierig, zu kompliziert gestellt. Unter anderem stellt die GEW fest, dass es jedes Jahr Probleme mit den Mathematik Klausuren gibt und dass sie viel zu oft zu unverständlich in der Fragestellung sind. Befürchtet wird, dass Mathematik zu einem Angstfach wird, sodass sich dies auf das Wahlverhalten bei Leistungskursen auswirken könnte.

Auch hier hat das Ministerium unverzüglich reagiert. Es hat die Aufgabenkommission beauftragt, Stellung zu nehmen. Das vorliegende Ergebnis stimmt die Betroffenen nicht glücklich.

Vorbereitung und Ablauf der Zentralabiturprüfung 2013 werden auch unabhängig davon zu diskutieren sein. Unsere Aufgabe wird es dann sein, Anregungen zu geben und Wege aufzuzeigen, die die diesjährige Situation wahrnehmen und ihr Rechnung tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ich nun aber gar nicht verstehe, ist die voreilige Schlussfolgerung des Antragstellers. Er fordert einfach nur mehr Personal. Pannen, Irrtümer und Fehler gehören zur menschlichen Natur. Auch mit einer deutlichen Erhöhung des Personaleinsatzes wird man Pannen niemals hundertprozentig ausschließen können. Und dies ist unabhängig von der Tatsache, dass gerade diejenigen Kolleginnen und Kollegen mehr Personal fordern, die ansonsten den Regierungsfractionen vorwerfen, zu viel Geld auszugeben, und dafür selbst das höchste Landesgericht anrufen. Dieser Antrag, meine Damen und Herren, reiht sich in die lange Reihe von pawlowschen Reflexhandlungen einer Opposition ein, die ihre Rolle nach wie vor sucht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ich schicke Ihnen mal Protokolle aus der letzten Legislaturperiode!)

Ich komme zum Ende.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das erleichtert die Sache!)

Sehr verehrte Damen und Herren, das Abitur ist ein wichtiger Schritt in das Berufsleben, es ist für viele Schüler die Eintrittskarte zu einer erfüllenden Berufswahl und oft zukunftsweisend. Darum ist uns ein reibungsloses Abitur wichtig.

Alles, was uns diesem Ziel näher bringt, ist gut für unsere Kinder. Wir freuen uns deshalb auf Ihre konstruktiven Vorschläge. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. Und wir haben uns darüber gefreut, dass Sie Ihre erste Rede hier gehalten haben.

(Allgemeiner Beifall)

Für die Fraktion der Grünen hat Frau Kollegin Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch lieber Klaus; immer! Auch lieber Christof, überhaupt keine Frage! Gerade Klaus Kaiser und der Kollege Hovenjürgen haben darauf hingewiesen, wie das denn in den Protokollen und unter der schwarzgelben Regierung war. Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Allerdings will ich das erste Wort an die Abiturientinnen und Abiturienten in diesem Jahr richten. Ich kann natürlich verstehen, dass sich da Protest formiert hat und dass sie Angst haben, benachteiligt zu werden. Dafür muss man Verständnis haben.

Lieber Klaus Kaiser, ich hätte allerdings erwartet, dass dann hier auch gesagt wird, wer der Verursacher dieses G8 war, das die Schüler und Schülerinnen in dieser ganzen Periode begleitet hat. Es gab eine Stauchung in der Sekundarstufe I. Sie mussten unvorbereitet – ohne Lehrpläne, ohne Schulbücher – in eine solche Schulphase starten.

Es war aber das Bemühen der Landesregierung und wohl auch unser aller gemeinsames Bemühen, faire Ausgangslagen auch für diesen doppelten Abiturjahrgang zu schaffen. Das stand an der ersten Stelle. Deswegen möchte ich diesen Vorwurf zurückweisen. Es ist geradezu absurd, zu sagen, Aufgaben seien speziell gefertigt worden, um irgendjemandem eine Hürde in den Weg zu legen oder um irgendetwas abzusenken. Es gibt eben keine politische Einflussnahme auf Aufgaben.

Damit bin ich auch bei der 14. Legislaturperiode. Über die Unterschiede zwischen damals und heute sollten wir einmal reden. Seinerzeit gab es nämlich eine politische Einflussnahme auf die Abituraufgaben.

Erstens darf ich daran erinnern, dass der Staatssekretär damals eine Aufgabe zurückgezogen hat, weil Frau Merkel sich zum Klimaschutz geäußert hat und politisch nicht gewollt war, dass so etwas in einer Klausur stand. Das ist eben der Unterschied, lieber Klaus Kaiser.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Was hat das denn damit zu tun?)

Zweitens haben wir es erlebt, dass bei dem Gedicht „Vergänglichkeit der Schönheit“ nicht einfach eingestanden wurde, dass es sich um einen Kopierfehler gehandelt hat. Vielmehr wurde vom Pressesprecher die Legende gebildet, dass wir es mit einer neugermanistischen Interpretation des Textes zu tun hätten, der zeitgemäß zu interpretieren sei. Auch das ist beim jetzigen Abitur nicht der Fall.

Drittens war das leider berühmte „Oktaeder des Grauens“ eine Aufgabe, die nicht lösbar war, lieber Klaus Kaiser. Das ist ein entscheidender Unter-

schied zur jetzigen Situation. Die Mathematikaufgaben des Jahres 2013 waren lösbar.

In der lokalen Berichterstattung hört man natürlich die Stimmen der Abiturienten und Abiturientinnen, die über die Aufgabe irritiert waren. Auf der anderen Seite gibt es aber auch die Stimmen der Abiturienten und Abiturientinnen, die gesagt haben: Ja, das konnten wir bewältigen; das ist lösbar gewesen; das waren für uns keine unbekanntes Aufgaben. – Das ist schon einmal eine ganz andere Ausgangslage.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Übrigens findet man das auch auf der Facebook-Seite – lieber Klaus Kaiser, da können Sie sich das einmal anschauen – der offenen Gruppe „faires Abitur“. Diejenigen, die versucht haben, dort entsprechende Kommentare zu platzieren, mussten aber mit Streichungen rechnen. Ich finde, es ist nicht gerade ein Ausweis von demokratischem Dialog, wenn bei solchen Gruppen versucht wird, solche Dinge zu lancieren.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Schauen wir uns die Sachverhalte also einmal an. Außerdem ist natürlich das Umgehen mit solchen Vorkommnissen im Abitur entscheidend.

Das Erste ist – der Antrag war ja auf die Sozialwissenschaftsklausuren bezogen –, dass sich die Ministerin tatsächlich dafür entschuldigt hat; denn es ist in der Tat ein ärgerlicher Vorgang,

(Ministerin Sylvia Löhrmann nickt.)

dass nicht alle Schulen gleich miteinander informiert worden sind. Das hat die Ministerin aber ausdrücklich eingeräumt. Es wird auch entsprechend abgestellt.

Das Zweite ist: Die Ministerin hat jetzt auch klargestellt, dass die Klausuren alle noch einmal durchgeprüft worden sind. Wir hatten in diesem Jahr ein außerordentlich sorgfältiges Verfahren mit Praxischecks von Kollegen und Kolleginnen, die selbst in der Oberstufe arbeiten, aktuell nicht mit in das Abitur einbezogen sind und diese Aufgaben gegenge-rechnet haben.

In diesem Zusammenhang ist natürlich auch die Frage des Zugangs zu einer Mathematikaufgabe Thema gewesen. Deswegen bin ich der Ministerin außerordentlich dankbar dafür, dass sie auf die gängigen Vorschriften hingewiesen hat – die auch nichts Neues sind, sondern im Land schon seit langen Jahren die Regel –, was die Bewertungskriterien von Abiturarbeiten angeht. Dabei ist nämlich die Ausgangslage, also die Frage, was wie vorbereitet worden ist, noch einmal entsprechend zu bewerten. Daher haben die fachkundigen Kollegen und Kolleginnen, in die ich mein volles Vertrauen setze, genau die gleichen Bewertungskriterien an der Hand und genau die gleichen Möglichkeiten wie in allen anderen Jahren zuvor.

Ich bin der Ministerin dankbar dafür, dass sie sehr transparent – das ist auch ein Gegensatz zu dem, was wir unter Schwarz-Gelb und der damaligen Bildungsministerin erlebt haben – das gesamte Verfahren offengelegt hat, deutlich gemacht hat, wie viele Leute über die Aufgaben geschaut haben, und ausgeschlossen hat, dass diese Aufgaben nicht lösbar waren. Sie waren in der Tat lösbar. Es ist richtig, dass sie unterschiedliche Reaktionen ausgelöst haben. Wir müssen da aber auch eine Klarheit und Transparenz im Verfahren haben, finde ich. Das hat die Ministerin vorgelegt. Dafür bin ich ihr auch dankbar.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die Fraktion der FDP spricht Frau Abgeordnete Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Zum dritten und letzten Mal am heutigen Tage: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern ist die Entscheidung des Ministeriums zur Mathematiklausur gefallen. Grundsätzlich gilt, dass das Niveau von Prüfungen selbstverständlich nicht abgesenkt werden darf. Es handelt sich dabei nämlich um den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung. Das muss man ganz klar und deutlich sagen.

In der Bewertung, ob diese Aufgaben verständlich und dem zu erwartenden Anspruch eines Grundkurses angemessen waren, gehen die Meinungen bei Fachleuten – wie so oft, ist das auch hier der Fall – merklich auseinander. Daher war die Überprüfung der Aufgabenstellung richtig. Die Kommission hat nun erklärt, sie sei aus ihrer Sicht angemessen, verständlich und lösbar. Jetzt kann man noch darüber sprechen, ob hier eine unabhängige Überprüfung angebracht wäre. Das werden wir sicherlich an anderer Stelle tun. Die Entscheidung des Ministeriums steht aber fest.

Allerdings – das sage ich an dieser Stelle auch – müssen wir meines Erachtens im Ausschuss noch über eine Frage intensiver diskutieren, die vom Ministerium abschlägig beschieden wurde. Vielfach wurde nämlich ein unterschiedlicher Schweregrad zwischen den einzelnen Jahrgängen kritisiert. Im Sinne einer Gleichbehandlung muss sichergestellt sein, dass jedes Jahr anspruchsvolle, angemessene, aber auch zwischen den Jahrgängen vergleichbare Anforderungen gestellt werden.

Bei der Frage der Sozialwissenschaften handelt es sich jedoch offensichtlich um ein klares Missmanagement des Ministeriums. Frau Ministerin Löhrmann, Sie haben noch am 8. April 2013 erklärt – ich darf an dieser Stelle zitieren –:

„Die Schüler in NRW können zuversichtlich ins Abitur gehen, weil alle Beteiligten alles nach besten Kräften vorbereitet haben.“

An dieser Stelle kann ich nur sagen: Vertrauen ist gut, Kontrolle manchmal besser.

Ich möchte hier nicht wiederholen – das wurde schon in den Äußerungen meiner Vorredner deutlich –, wie besonders die Grünen geschimpft haben, als zu Beginn des Zentralabiturs zweifellos deutliche Probleme aufgetreten sind. Das kann man an dieser Stelle sagen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Und politische Vertuschungen!)

Mir geht es um die Schlüsse, die Sie, Frau Ministerin Löhrmann, für Ihr Handeln daraus gezogen haben. Bereits 2011 sind Probleme aufgetreten, die dann noch um weitere Fehler des Ministeriums bei der Wiederholungsklausur ergänzt wurden.

Damals haben Sie im Ausschuss erklärt, natürlich gehöre zum Vorgehen des Ministeriums, dass beim Auftauchen von Problemen mit den Betroffenen sehr zeitnah gesprochen werde. Das haben Sie als Ihren Anspruch formuliert.

Ich sage aber auch, dass ich es als pure Selbstverständlichkeit erachte, unmittelbar mit den Schulen zu kommunizieren, wenn man Probleme sieht. Dann klingt es an dieser Stelle doch etwas befremdlich, wenn Ihre Sprecherin äußert – ich darf zitieren –: Künftig werden wir alle Schulen sofort informieren.

Meine Damen und Herren, ich halte es – wie schon erwähnt – für selbstverständlich, dass bei einer so wichtigen Prüfung wie der Abiturprüfung keine Zeitverzögerung eintritt.

Die Vorgänge in den Sozialwissenschaftsklausuren sind keine Petitesse, nur weil hier nicht so viele Schulen betroffen sind wie das im Bereich der Mathematik der Fall ist und offenbar nur 18 Schüler nachschreiben. Eine Wiederholungsprüfung – das wissen wir – ist, ob jetzt Doppelabiturjahrgang oder nicht, für die Jugendlichen immer eine zusätzliche Belastung. Das muss man an dieser Stelle klar und deutlich sagen. Auch für Lehrerinnen und Lehrer ist dies immer schwierig. Ich glaube, an der Stelle sind wir uns einig.

Frau Ministerin Löhrmann, das hätte vermieden werden müssen, das wäre zu vermeiden gewesen, und das gilt es in Zukunft mit allen Mitteln zu vermeiden. Insofern hat die CDU Recht, wenn sie sagt, Sie können sich bei dem Fehler, der hier entstanden ist, nicht mit einem kleinen Team herausreden. Denn es ist Ihre Aufgabe als Hausspitze eines Ministeriums, für eine solche wichtige Aufgabe an dieser Stelle das benötigte Personal einzuplanen. Das Abitur – auch das ist schon angesprochen – und die dazugehörigen Prüfungen kommen nicht über Nacht, sondern dieser Termin und die entsprechenden Prüfungsaufgaben stehen schon länger fest.

Frau Löhrmann, Sie haben in der Plenardebatte 2011 zu den damaligen Fehlern des Ministeriums erklärt – ich darf zitieren –:

Manchmal geht es eben um schnelles und effektives Reagieren und insbesondere darum, sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler eine korrekte Abituraufgabe vorgelegt bekommen.

Das kann so unterstrichen werden.

In diesem Jahr ist das in Ihrem Haus nicht gelungen. Hoffen wir, dass es 2014 nicht wieder Probleme gibt und Ihre Sprecherin Recht behält, die erklärte – ein letztes Zitat –: Wir werden das sicherlich beim nächsten Mal anders machen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die Fraktion der Piraten spricht Frau Kollegin Rydlewski.

Birgit Rydlewski (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuschauerinnen und Zuschauer! In Bezug auf den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion sind wir der Meinung, dass selbstverständlich die Ministerin für die korrekte Durchführung aller Vorgänge in ihrem Haus sorgen muss, glauben jedoch auch, dass der im Antrag formulierte Vorschlag der CDU ein Schnellschuss ist und inhaltlich zu kurz greift.

Was ist passiert? Wir haben gehört, dass es zwei Fälle gegeben hat, einmal den Fall der Sozialwissenschaftsklausur, wo der falsche Schwerpunkt bereitgestellt worden ist; der Schwerpunkt „Wirtschaft“ fehlte. Nach Angaben des Ministeriums wurde am Dienstag um 12 Uhr der Download zur Verfügung gestellt, um 12:55 Uhr sei der Fehler behoben worden.

Der Presse kann man weiterhin entnehmen, dass das Ministerium bestätigt habe – ich zitiere aus dem Artikel von „Der Westen“ –, dass „an die betroffenen Schulen keine Rundmail geschrieben, sondern den Mitarbeitern der Info-Hotline dieser Hinweis gegeben“ wurde. Mit anderen Worten: Die betroffenen Schulen scheinen, obwohl möglicherweise bekannt, nicht aktiv auf den Fehler hingewiesen worden zu sein.

Im zweiten Fall, im Fall der Mathematikaufgaben, beklagen zahlreiche Schülerinnen und Schüler, die entsprechenden Aufgaben seien zu schwierig oder unverständlich gewesen. Bei Facebook traten binnen zwei Tagen mehr als 7.000 junge Menschen einer entsprechenden Protestgruppe bei, und eine Online-Petition ans Ministerium fand bereits mehr als 5.000 Unterstützerinnen.

Am Dienstag haben mehrere hundert Schülerinnen und Schüler vor dem Ministerium protestiert. Man

muss bedenken, das machen diese Schülerinnen und Schüler während der laufenden Abiturprüfungen. Das heißt, für die Schülerinnen und Schüler „brennt“ es. Jugendliche sind heute sehr ehrgeizig, und gerade im doppelten Abiturjahrgang verstehe ich die Angst vor der Konkurrenzsituation um Studien- und Ausbildungsplätze. So viel zum Sachverhalt.

Was nun? Unser allererstes Interesse gilt natürlich in beiden Fällen der Zukunft der betroffenen Schülerinnen und Schüler. Im ersten Fall, der falschen Aufgaben im Bereich „Sozialwissenschaft und Wirtschaft“, dürfen die betroffenen Schülerinnen und Schüler die Klausur nachschreiben. Das ist dann zwar eine Mehrbelastung für die Schülerinnen und Schüler, aber eine schnelle und unbürokratische Lösung, bei der die Interessen der Schülerinnen und Schüler gewahrt werden und die wir deshalb gutheißen.

(Beifall von den PIRATEN)

In Bezug auf den Schwierigkeitsgrad der diesjährigen Grundkurs-Matheklausur ist eine Beurteilung der Situation deutlich schwieriger. Nicht alle Schülerinnen und Schüler haben die Aufgaben als unlösbar empfunden. Es waren sogar vereinzelte Stimmen zu hören, die Klausur sei leichter als im Vorjahr gewesen. In den Online-Protestforen allerdings tun sich diese Stimmen eher schwer oder werden freundlich gebeten, ihre anderslautende Meinung doch bitte nicht vorzutragen. Der Gesamteindruck in den Online-Foren ist also eher negativ. Doch selbst, wenn die Klausur schwerer als im Jahr zuvor gewesen sein sollte, ist eine gewisse Schwankungsbreite im Schwierigkeitsgrad grundsätzlich wohl nicht zu vermeiden.

Mein Mathe-Leistungskurs ist sehr lange her. Ich maße mir deshalb nicht an, den Schwierigkeitsgrad beurteilen zu können. Das würde mir auch nicht gelingen. Denn wir haben gehört, es gibt das Problem, dass die Aufgaben überhaupt noch nicht veröffentlicht worden sind. Von Klarheit und Transparenz zu sprechen, finde ich an dieser Stelle übertrieben.

(Beifall von den PIRATEN)

Insofern ist eine Überprüfung des Kurzberichts, der gestern vom Schulministerium veröffentlicht wurde, daher für mich nicht möglich. Der Öffentlichkeit wird es ähnlich gehen. Das empfinde ich als frustrierend.

Die Frage ist auch: Würde eine Kommission, die zuvor die Aufgaben als angemessen ausgewählt hat, jetzt sagen, dass sie doch nicht angemessen sind? Es ist zu prüfen, ob nicht für solche Fälle bei Streitfragen oder Unstimmigkeiten eine unabhängige Kommission eingesetzt werden muss.

(Beifall von den PIRATEN)

Was nun den konkreten Antrag der CDU angeht, so stellt sich aus unserer Sicht die Frage, ob das gan-

ze Problem nicht auch mit einem größeren Mitarbeiterstab passiert wäre.

Wir plädieren deshalb dafür, dass das Ministerium die gemachten Fehler zum Anlass nimmt, das Verfahren grundsätzlich auf denkbare Fehler zu prüfen. So dürfte es technisch möglich sein, festzuhalten, welche Schule welche Abiturklausuren heruntergeladen hat. Auf diese Weise könnten entsprechend im Falle der fehlerhaften Bereitstellung einer Klausur ganz gezielt die Schulen angesprochen werden, die von diesem Fehler betroffen sind.

Es ist weiterhin zu prüfen, ob die Expertise der Fachlehrerinnen nicht früher genutzt werden kann als Kontrollmechanismus. Dafür müssten den Kolleginnen und Kollegen die Prüfungen früh genug vorliegen. Als Lehrerin kann ich mich daran erinnern, dass ich die Prüfungsklausuren erst 30 Minuten vor der Prüfung gesehen habe. Wenn ich dann feststelle, dass zum Beispiel eine falsche Aufgabe heruntergeladen wurde, habe ich keinerlei Chance mehr, das zu korrigieren.

Beide Anregungen würden einen ebenso einfachen wie effektiven zusätzlichen Kontroll- und Korrekturmechanismus schaffen, der im zweitgenannten Fall sogar völlig kostenlos umsetzbar ist.

Wir würden uns deshalb freuen, wenn alle Beteiligten gemeinsam diese oder andere konstruktive Lösungen erarbeiten, zum Beispiel im Schulausschuss. Aus diesem Grund stimmen wir natürlich einer Überweisung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Rydlewski. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde die Sachverhalte etwas ausführlicher darstellen.

Ich habe Verständnis für Abiturientinnen und Abiturienten, die am Ende ihrer Schullaufbahn aus Sorge um ihr Abitur Petitionen und Protestmails verfassen und demonstrieren, weil sie fürchten, dass sie ungerecht behandelt werden.

Frau Gebauer, da stimme ich Ihnen zu, für die Schülerinnen und Schüler in jedem Einzelfall ist das keine Petitesse, auch wenn es keine leicht verortbaren Schuldigen gibt. Aus Sicht der Betroffenen ist kein Vorgang eine Petitesse.

Ich habe Verständnis für Eltern, die mir schreiben und sich für ihre Söhne und Töchter einsetzen, weil sie glauben, es seien falsche oder unangemessene Aufgaben gestellt worden.

Ich habe aber, Herr Kaiser, kein Verständnis für die CDU, die ohne Kenntnis der Gesamtlage undiffe-

renziert auf eine Stimmung gesetzt hat, pauschal von Schlamperei spricht und Äpfel mit Birnen vergleicht. Pawlow lässt grüßen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Die schriftlichen Abituraufgaben werden in Nordrhein-Westfalen in einem sehr aufwendigen Verfahren erstellt. Die wichtigsten Elemente sind: Eine Kommission aus erfahrenen Fachlehrkräften erarbeitet die Aufgaben. Unabhängige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler begutachten sie. Lehrkräfte machen einen Praxischeck.

Frau Gebauer, dieses Element habe ich genau nach der Diskussion um 2011, wo ich ja das Verfahren, das die Vorgängerregierung angelegt hatte, eingeführt. Die Rückmeldungen zu diesem Instrument sind bezogen auf alle Fächer überwiegend sehr positiv, dass das zwar aufwendig ist, dass das aber gut ist.

Die Ausfertigung, Zusammenstellung und die Zustellung der umfangreichen Datenpakete und Downloads – das sind in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen über 10.000 Kombinationen – erfolgen durch das Schulministerium unter Wahrung komplizierter Sicherheitsmaßnahmen.

Meinem Haus obliegt – daraus habe ich nie einen Hehl gemacht – natürlich die Gesamtverantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung des Zentralabiturs.

Aber, Herr Kaiser, Sie haben ein Zitat aus dem Zusammenhang gegriffen vom WDR und hier zum Antrag erhoben. Das ist ein bisschen dürftig, wenn Sie sich die Komplexität dieser Sachverhalte anschauen. Das ist sehr dürftig.

Schön, dass wenigstens die Entschuldigung durch die CDU dadurch öffentlich dokumentiert ist.

Es ist nicht einfach eine Frage von mehr Personal. Die Grundaufgaben sind doch die gleichen. Sie müssen nur häufiger vervielfältigt werden. Die Frage ist doch: Ist ein Stab da, und zwar ein fachkundig geschulter Stab, der auf knifflige Fragen antworten kann?

Verehrter Herr Kaiser, das war das Problem an diesem Tag. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir mal erklären würden, welche hellseherischen Fähigkeiten ich haben soll, um zu wissen, dass an diesem Tag nicht nur ein Problem auftaucht bei der SoWi-Aufgabe, sondern auch alle Welt aufgeregt ist, weil eine Zeitung darüber berichtet, dass es auf einmal Handyortungsgeräte gibt. Wussten Sie das? Konnte das Ministerium das ahnen? Ich bilde mir ein, dass ich das nicht ahnen konnte, dass an diesem Tag Zeitungsartikel auftauchen, die dann bearbeitet werden müssen.

Konnten Sie ahnen, glauben Sie, dass man ahnen kann, dass Schulen, an denen es auch den einen

oder anderen Fehler gegeben hat, anrufen und sagen, sie merken gerade, sie hätten die falsche Klausur bestellt und sie bräuchten eine andere? Schulleiter, die verzweifelt sind, weil sie möglicherweise eine falsche Aufgabe gestellt haben, müssen dann von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses in etwas längeren Telefongesprächen beraten werden, was sie denn jetzt am besten tun.

Ich behaupte, lieber Herr Kaiser, dass sich solche Vorkommnisse nicht vorhersehen lassen. Deshalb finde ich den Pauschalvorwurf von Schlamperei im Schulministerium auch angesichts dessen, was diese Leute da arbeiten, unangemessen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Den weise ich auch aus Fürsorge für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurück. Solche Vorkommnisse können Sie nicht planen.

Es geht in diesem Jahr bislang – toi, toi, toi, denn die Nachschreibeklausuren laufen nämlich noch – im Wesentlichen um zwei Vorgänge. Es geht um zwei Vorgänge.

Beim Leistungskurs Sozialwissenschaften fehlte für den Schwerpunkt Wirtschaft das entsprechende Aufgabenset beim ersten Download. Der Fehler wurde nach Rückmeldungen aus Schulen innerhalb einer Stunde korrigiert. Es wurde versäumt, parallel zu dieser Korrektur die Schulen zur Sicherheit zu informieren. Das haben meine Mitarbeiter zutiefst bedauert. Sie sind nämlich ausgesprochen gewissenhaft.

Ich habe mich unmittelbar entschieden, dass wir den Abiturientinnen und Abiturienten auf freiwilliger Basis eine Nachschreibemöglichkeit einräumen, und mich ohne Umschweife bei den jungen Menschen für diesen von meinem Haus zu verantwortenden Fehler entschuldigt.

Von den potenziell 48 Schulen blieben dann aber nur vier übrig, die den Abiturienten wirklich die falschen Aufgaben gestellt haben. Ein Teil der Aufgaben war im Übrigen identisch. Auch vielleicht darum, weil das nämlich durchaus auch lösbar war – wir reden von einem Leistungskurs –, haben von potenziell 109 Schülerinnen und Schülern nur 18 von der Nachschreibemöglichkeit Gebrauch gemacht.

Der Schulleiter einer betroffenen Schule, der natürlich zunächst seinem Unmut Luft macht, kommt zu dem Schluss – ich zitiere –:

„Wir sind froh, dass wir gemeinsam mit dem Ministerium zu einer schnellen Lösung gekommen sind.“

Mein Fazit: Angemessenes Krisenmanagement anlässlich eines ärgerlichen Fehlers.

Zweitens. Der Erstellung der Mathematikaufgaben galt aufgrund der Vorgeschichte eine besondere Aufmerksamkeit, wenn Sie so wollen mit Netz und

doppeltem Boden. Im Ergebnis: Einvernehmen in den Kommissionen, anders als in den Vorjahren keine nennenswerte Rückmeldung aus den Schulen am Tag des Downloads.

Das will ich auch noch einmal sagen. Wenn die Aufgaben eingestellt sind und große Probleme auftreten, dann melden sich die Lehrerinnen und Lehrer und sagen: Moment, da stimmt etwas nicht. – Das war an diesem Tag bezogen auf das Fach Mathematik nicht der Fall. Es gab keine nennenswerten Rückmeldungen von den Fachlehrerinnen und Fachlehrern.

Erst nach dem faktischen Schreiben begann durch die Abiturientinnen und Abiturienten die öffentliche Diskussion über die Angemessenheit der Aufgaben und das Formieren des Protests.

Parallel sind aber auch gegenteilige Rückmeldungen dokumentiert, und zwar in einem nennenswerten Umfang. Es nimmt in letzter Zeit zu, dass die gegenteiligen Rückmeldungen dokumentiert werden. Sie, Herr Kaiser, scheinen sich ja nur auf die Rückmeldungen zu beziehen, in denen ein Vorwurf an das Ministerium konstruiert wird.

Zwei Beispiele: Fabian aus Köln wird im „Kölner Stadt-Anzeiger“ so zitiert:

„Der Schwierigkeitsgrad der Aufgaben war einfach nur fair. Der Umgang passte zur Bearbeitungszeit, und die geforderten Methoden waren einfacher als in den von meinem Mathelehrer üblicherweise gestellten Klausuren. Dank der im Internet veröffentlichten Anforderungen und der im Buchhandel erhältlichen Klausursammlungen der letzten Jahre war der Inhalt der Prüfungen sogar extrem vorhersehbar.“

Eine Schülerin aus Oberhausen schreibt per Mail:

„Meiner Meinung nach waren die Aufgaben gut verständlich und mit etwas Vorbereitung auf die Prüfung auch durchaus lösbar. Zudem wurden sie zumindest an jeglichen Schulen in Oberhausen und Mülheim entgegen mancher Aussagen alle zuvor im Unterricht behandelt.“

Sie fände eine Wiederholungsklausur unfair.

Obwohl die fachliche Korrektheit und grundsätzliche Lösbarkeit nicht infrage standen – ich hätte also direkt sagen können, es sei alles in Ordnung –, habe ich die Aufgabenkommission und den Fachkoordinator Mathematik um Stellungnahme gebeten, und zwar nicht abstrakt, sondern ich habe natürlich die Kommission die bis dato vorliegenden Kritikpunkte, die inhaltlich substantiiert waren, prüfen lassen und um Stellungnahme gebeten. Erst danach haben wir unseren Abwägungsprozess getroffen. Außerdem hat Herr Staatssekretär Hecke in meiner Vertretung die Petition „faires Abitur“ entgegengenommen und mit einer Delegation gesprochen.

Nach einem intensiven Abwägungsprozess habe ich gestern folgende Entscheidung getroffen: Es gibt keine Nachschreiboption oder pauschalen Bonuspunkte. Die Stellungnahme der Aufgabenkommission und die differenzierten Rückmeldungen aus der Schulöffentlichkeit, wie oben ansatzweise erläutert, rechtfertigen aus pädagogischen und rechtlichen Gründen keine Nachschreibemöglichkeit für die Mathematikaufgaben. Eine solche Entscheidung wäre willkürlich, rechtsstaatlich angreifbar und könnte die gesamte Abiturprüfung in Nordrhein-Westfalen juristisch anfechtbar machen. Dass ich nicht leichtfertig entscheide, erkennen Sie auch daran, dass ich vor zwei Jahren, als mir die Kommission gesagt hat, ich könne das stehen – die Fehler in der Aufgabenführung waren keine Fehler; das war kein Vergleich zum Oktaeder des Grauens, Herr Kaiser, das wissen Sie –, eine Nachschreibemöglichkeit eingeräumt habe, weil die Rückmeldungen seinerzeit so eindeutig kritisch waren. Ich habe mich hier aber in Kenntnis der Gesamtlage wesentlich anders entschieden.

Für die laufenden Korrekturen und Bewertungen der Klausuren in den Schulen habe ich die Fachlehrkräfte Mathematik ausdrücklich darin bestärkt, auf der Grundlage der Kriterien und unter Berücksichtigung der unterrichtlichen Voraussetzungen ihren Beurteilungsspielraum bei der Gesamtbeurteilung auszunutzen. Dies schließt ein, dass kritische Hinweise zur Formulierung und zum Umfang der Aufgaben aufgefangen werden können. Diese Entscheidung steht auch im Einklang mit der Stellungnahme der Aufgabenkommission.

Ich weiß – die Rückmeldungen sind ja erfolgt –, das stellt natürlich die betroffenen Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern, bei denen häufig der Frust über das G8 noch einmal hochkommt, nicht zufrieden. Das verstehe ich. Ich kann aber aus den oben genannten Gründen nur um Verständnis bitten.

Meine Damen und Herren, die Aufgabenkommission rechnet nicht damit, dass es zu deutlich schlechteren Ergebnissen kommen wird. Erste Rückmeldungen schon erfolgter Korrekturen stimmen mich zuversichtlich, dass sich diese Einschätzung bewahrheitet. So schreibt ein Lehrer – ich zitiere –:

„Ich bin mit meinem Kurs komplett fertig, andere Kollegen teilweise oder zum Teil auch. Die Klausuren fallen ganz normal aus, meist nahezu Punktländungen, auch bei meinen Kollegen, so die Rückmeldungen. Andere berichten bei eigentlich schwächeren Schülern sogar von Abweichungen nach oben.“

Meine Damen und Herren, im Netz kursiert der Vorwurf, die Aufgaben seien extra schwer gestaltet worden, um den Andrang an die Universitäten zu vermindern, was ich wahrscheinlich mit Kollegin Schulze ausgeheckt hätte. Ich frage Sie: Nehmen wir uns dann ausgerechnet das Fach vor, und zwar nur das Fach, auf das in den letzten Jahren alle Welt sieht, oder stellen wir uns nicht ein bisschen

geschickter an und verteilen das auf die Fächer, damit es nicht auffällt? Dieser Vorwurf ist wirklich absurd.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Seit ich im Amt bin, gilt ein Grundsatz: Es gibt keine politische Einflussnahme auf die Aufgabenstellung. Es gibt keine Ansagen, es besonders leicht oder besonders schwer zu machen, weil es hier – das hat Frau Gebauer zu Recht gesagt – um eine Abiturprüfung geht, die bundesweit vergleichbar sein muss. Handelte man hier anders, würde man das Zentralabitur insgesamt diskreditieren, und daran sollten wir alle kein Interesse haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Probleme auftreten, werden sie geklärt und, wenn möglich, geheilt. Herr Kaiser, auch hier sagen Sie etwas, was nicht stimmt. Niemand, auch ich nicht, kann versprechen, dass es nie einen Fehler gibt. Denn wo Menschen arbeiten, passieren Fehler. Entscheidend ist, wie man mit diesen Fehlern umgeht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist der Unterschied meines Handelns und des Handelns meines Hauses zum Handeln der Vorgängerregierung. Ich hätte das normalerweise nicht gesagt, aber so, wie Sie sich hier eingelassen haben, möchte ich das ausdrücklich festhalten.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Es wird nichts vertuscht, Herr Kollege Kaiser. Es wird auch nichts beschönigt. Es wird nicht irgendwelche Schuld weggeschoben. Und es werden keine Entscheidungen hinausgezögert. Vielleicht erinnern Sie sich noch, wie lange es gedauert hat, bis die Klausur aufgrund der unlösbaren Oktaeder-des-Grauens-Aufgabe nachgeschrieben wurde. Das war keine Entscheidung des Schulministeriums, sondern eine Entscheidung der Staatskanzlei, weil Herr Dr. Rüttgers die Reißleine gezogen hat. So ist es doch gewesen. Und dann tun Sie hier so, als würden hier die gleichen Abläufe stattfinden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eine ausführliche Darstellung zum Thema „Mathematik“ können Sie schon seit gestern auf der Internetseite des Schulministeriums finden.

Frau Rydlewski, es ist nicht erlaubt, in laufenden Prüfungsverfahren Aufgaben ins Internet zu stellen. Das ist schlicht und ergreifend nicht erlaubt. Diese strenge Regel ist auch durch das Informationsfreiheitsgesetz gedeckt. Das haben wir natürlich ausdrücklich geprüft. Insofern hat es einen Grund, dass wir das nicht einstellen. Irgendwann, wenn alle Prüfungen abgeschlossen sind, wird das eingestellt und auch ausgewertet werden. Dann kann jeder für sich noch einmal prüfen, ob er die Aufgabe rechnen konnte. Aber jetzt, im laufenden Verfahren, ist es

bewusst rechtlich so geregelt, dass solche Aufgaben nicht eingestellt werden dürfen. Das hat nichts damit zu tun, dass wir nicht Transparenz herstellen, meine Damen und Herren. Das möchte ich an dieser Stelle auch ausdrücklich sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Gegenüber dem Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Weiterbildung habe ich bereits am 18. April eine weitergehende ausführliche Berichterstattung angekündigt. Ich finde es richtig, dass wir dort – wie es einige gesagt haben – eine sachbezogene Diskussion führen und überlegen, wo es noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich muss darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um neun Minuten und 40 Sekunden überschritten hat. Der Block I war verabredet worden, Frau Ministerin. Es ist möglich, dass Sie wesentlich länger reden. Ich teile diese Redezeit aber allen Fraktionen zu. Das ist jedoch keine direkte Aufforderung an Sie, sich alle noch einmal zu melden.

Es liegt aber noch eine Wortmeldung der Frau Abgeordneten Güler von der CDU-Fraktion im Rahmen der Kurzintervention vor. Bei dieser Redezeitüberziehung haben alle noch einmal die Möglichkeit, sich zu melden, wenn es denn gewünscht wird. Nun gebe ich das Wort an die Frau Abgeordnete Güler von der CDU-Fraktion.

Serap Güler (CDU): Ich habe noch eine Frage an die Frau Ministerin sowie die eine oder andere Anmerkung. Dem Landtag gehöre ich noch nicht so lange an. Ich habe mir die Mühe gemacht, die alten Plenarprotokolle – ganz speziell die aus 2008 – zu den Abi-Prüfungen durchzulesen. Es ist, finde ich, ein bisschen bemerkenswert, dass Sie hier angeführt haben: „Wo Menschen sind, passieren Fehler“. Ich glaube, das ist allen hier klar.

Das hat aber bei Frau Ministerin Sommer damals nicht gegolten. Die Fehler waren nicht menschlich. Sie haben die Ministerin – aus diesen Plenarprotokollen geht das hervor – nicht nur persönlich kritisiert, Sie kritisieren auch das ganze Ministerium. Jetzt verteidigen Sie sich mit dem Argument: „Wo Menschen sind, passieren Fehler“. Das ist, glaube ich, allen klar. Ich möchte nur wissen, ob hier mit doppelten Maßstäben gemessen wird.

(Beifall von der CDU)

Hinzu kommt auch – dass klang gerade bei Ihrer Rede ein bisschen durch –, dass Sie ein Stück weit die Verantwortung auf die Lehrer schieben: Die hätten auch ein Stück weit kontrollieren können. Genau

dies haben Sie – das steht in den Plenarprotokollen – damals der Ministerin Sommer vorgeworfen: Sie habe die Schuld auf die Lehrer geschoben. – Ich würde Ihnen dazu einmal ans Herz legen, die Plenarprotokolle vielleicht selbst noch einmal durchzulesen.

Ich fand besonders interessant – das haben Sie, Frau Ministerin, gerade auch angesprochen; gestern haben Sie dazu auch eine Pressemitteilung herausgeschickt –, dass Sie den Lehrerinnen und Lehrern noch einmal in Erinnerung gerufen haben, dass sie durchaus Beurteilungsspielräume hätten. Dazu möchte ich ein Zitat anbringen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, die Redezeit von 90 Sekunden ist herum.

Serap Güler (CDU): Darf ich das eben noch zitieren? – Das ist ein Zitat von Frau Beer aus der Plenardebatte 2008:

„Es tröstet wahrlich wenig, wenn die Ministerin nicht nur im Schulausschuss aufgrund der großen Probleme im Fach Mathematik darauf hinweist, Lehrerinnen und Lehrer sollten bei der Punktebemessung großzügig sein, Spielräume auszunutzen. Ich nenne das ‚kreativ damit umgehen‘. Von diesen Möglichkeiten machen die Schulen höchst unterschiedlich Gebrauch.“

Dass Sie jetzt dasselbe Verfahren anwenden, sehe ich sehr kritisch.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, das sind wirklich 90 Sekunden. Ich muss jetzt ein bisschen darauf achten. – Als Gegenrednerin hat sich die Frau Kollegin Hendricks von der SPD-Fraktion zu einer Kurzintervention gemeldet.

(Zurufe)

– Okay, Frau Hendricks hat zurückgezogen. – Die Frau Ministerin hat das Wort. Bitte schön.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das Verfahren so verstanden, dass ich noch einmal sprechen darf. Ich bin ja jetzt auch noch einmal von der Kollegin angesprochen worden. Ich meine, dass ich das eben deutlich gemacht hätte: Wir haben – das gilt auch für die Kollegin Beer – nie gesagt, dass nicht Fehler passieren können, sondern dass in entscheidender Situation die Frage ist, wie wir mit den Fehlern umgehen.

Das habe ich Frau Sommer auch nie persönlich vorgeworfen. Es ging immer eher an den Staatssekretär der Vorgängerregierung. Der hat mir – das will ich noch hinzufügen – übrigens mit Klageverfahren gedroht, weil wir uns erlaubt hatten, kritische Pressearbeit zu diesen Vorfällen, zum „Oktaeder des

Grauens“, zu machen. – Die Frage ist also: Wie geht man damit um? Darauf haben wir Bezug genommen, und das haben wir kritisiert.

Ich habe mitnichten jetzt irgendwem einen Vorwurf gemacht. Aus guter Erfahrung weiß ich nämlich, wie unproduktiv es ist, sich zu fragen, wer schuld ist, statt dafür zu sorgen, dass die Fehler möglichst behoben und die Dinge geheilt werden. Ich meine, dass ich das in beiden Fällen, die jetzt hier zur Debatte stehen, angemessen und im Interesse aller Schülerinnen und Schüler gemacht habe.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was das Thema „Bewertung“ angeht, ist die Frage, ob man pauschal Punkte gibt oder ob man sagt: „Was haben die Schülerinnen und Schüler vor dem Hintergrund des durchgeführten Unterrichts geleistet?“ Das ist der Ermessensspielraum. In der Regel machen das die Kolleginnen und Kollegen eigenständig und verantwortlich.

Um es aber noch einmal – angesichts der aufgeheizten Situation – deutlich auszusprechen, habe ich das gestern im Einklang mit dem Vorschlag der Aufgabenkommission den Schulen noch einmal als Instrument zugemailt und in Erinnerung gerufen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit sind die Möglichkeiten im Rahmen der Kurzintervention ausgeschöpft.

Es hat sich aber – im Rahmen des Zeitbudgets ist das noch möglich – der Abgeordnete Kaiser von der CDU-Fraktion gemeldet. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Klaus Kaiser^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Löhrmann, damit kein Missverständnis aufkommt: Sie haben eben in Ihrem Redebeitrag gesagt, ich hätte Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlecht bzw. deren Arbeit als schlampig dargestellt. Genau das war nicht meine Argumentation. Ich weiß, dass Fehler passieren können, und ich weiß, unter welchem Stress die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses sind, wenn Zentralprüfungen anstehen. Deshalb habe ich ausdrücklich gesagt: Wenn die sich entschuldigen, ist das voll in Ordnung. – Ich habe Ihre politische Verantwortung eingefordert. Darauf sind Sie ausweichend eingegangen.

(Beifall von der CDU)

Ich komme zu Punkt 2, der ganz wichtig ist. Faktum ist, dass sich in diesem Fall 10.000 junge Menschen vor den Kopf gestoßen fühlen. Trotzdem wird hingegangen und diejenigen, die die Aufgaben geschrieben haben, bestätigen deren Korrektheit. Dass das Proteste und Unverständnis bei den betroffenen Protestanten ausgelöst hat, ist doch selbsterklärend.

(Ministerin Barbara Steffens: Protestierenden!)

– Okay, bei den Protestierenden. – Es ist doch selbstverständlich, dass das nicht verstanden wird. Das habe ich in meinem Redebeitrag angesprochen. Sie gehen hochsensibel mit diesem Sachverhalt um. Ergänzt wird das dadurch, dass die Ministerkollegin Schulze die Frage der verschärften NCs in die Diskussion bringt, wenn die Jugendlichen des doppelten Abiturjahrgangs vor ihren schriftlichen Arbeiten stehen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist das, was ich unsensibles, bürokratisches Verhalten nenne. Man hätte sensibler vorgehen müssen. Darauf haben Sie sich nicht bezogen.

Jetzt zur Vorgängerregierung! Wir wollen einen Fakt noch einmal kurz festhalten: Beim „Oktaeder des Grauens“ ging es um den zweiten Durchlauf des Zentralabiturs. Auch von der Breite her geht es um eine ganz andere Fragestellung, wenn etwas als Instrument neu eingeführt wird. Dabei passieren mehr und andere Fehler.

Jetzt aber geht es um den siebten Durchlauf. Insbesondere weil zwei Abiturjahrgänge gleichzeitig Abitur machen, weiß man, dass es besonderer Sorgfalt bedarf, damit sich die Schülerinnen und Schüler darauf verlassen können, dass die Prüfungen ohne Pannen ablaufen. Das ist das, was aus meiner Sicht angesprochen werden muss und wofür Sie als Ministerin die Verantwortung tragen, worauf Sie aber hoch unsensibel reagiert haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/2636 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung**; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dem nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung des Antrags der Fraktion der CDU erfolgt.

Ich rufe auf:

12 Hochschulzugang gewährleisten und Numerus-clausus-Praxis beenden

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2628

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der Piraten Herrn Dr. Paul das Wort.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier und zu Hause! Ich verstehe nicht so recht, was an einem Oktaeder so grauenvoll sein soll. Ich kann Ihnen versprechen: Der Rhombenikosidodekaeder ist viel grauenvoller.

Wir befassen uns heute mit einer Praxis dieser Landesregierung, die leider nichts mit den im Koalitionsvertrag vereinbarten Zielen zu tun hat. Statt jungen Menschen eine sichere Perspektive für ein Mehr an Bildung zu geben, erlaubt Frau Ministerin Schulze den Hochschulen, weitere örtliche Numerus clausi zu erheben. Das soll sie also sein, die viel zitierte Chancengerechtigkeit.

Aus Ihrer Presseerklärung, Frau Ministerin Schulze, ist zu entnehmen, dass Sie den Studieninteressierten nur mit dem Prinzip „Hoffen und Bangen auf einen Studienplatz“ antworten können. Herr Präsident, ich zitiere daraus:

„Wenn ein Studiengang eine örtliche Zulassungsbeschränkung hat, heißt dies allerdings noch lange nicht, dass nur Einser-Kandidaten eine Chance haben. Aus der Vergangenheit wissen wir, dass auch Kandidatinnen und Kandidaten mit einer drei vor dem Komma im Abi zum Zuge gekommen sind. Bewerberinnen und Bewerber sollten sich deshalb nicht abschrecken lassen.“

So weit, so gut. – Das, was dort beschrieben wird, ist eigentlich Kaffeesatzleserei. Denn eine solche Situation wie die Bewältigung eines doppelten Abiturjahrgangs gab es in dieser Form noch nie.

Über 50 % der Studiengänge in Nordrhein-Westfalen sind zum nächsten Semester nicht zulassungsfrei. Das kann zur Folge haben, dass sich viele Studierwillige nicht bewerben werden, da sie keine Aussicht auf einen Studienplatz haben. Das ist ein bildungspolitisches Armutszeugnis.

(Beifall von den PIRATEN)

Welche Potenziale dadurch möglicherweise gehemmt werden, ist nur zu erahnen. Wenn man des Weiteren bedenkt, dass viele der Hochschulzugangsberechtigten dann auch noch auf den Ausbildungsmarkt drängen werden, haben wir einen großen Verschiebebahnhof, der auf den Schultern der Absolventen mit Fachoberschulreife und mit Hauptschulabschluss ausgetragen wird. Das kann doch nicht ernsthaft gewollt sein.

Nach unserer Auffassung ist aber das Schlimmste, dass die Landesregierung keine Rezepte zu einer besseren Verteilung der Studienplätze gefunden oder vorgelegt hat. Das dialogorientierte Serviceverfahren ist kläglich gescheitert. Es wird von den Hochschulen kaum angenommen, da man ihnen